

Liebe 'FORUM' - Leute,

In 'FORUM'-Nr 106 (November 1988) versuchte Herr Robert GARCIA, unter dem Titel "Sonnenschein, Regen, Regenbogen" die 5-jährige Geschichte der Partei "Déi Gréng Alternativ" darzustellen.

Daß er dies aus einer (äußerst) einseitigen Optik heraus tat, ist ihm weniger anzukreiden als die Tatsache, daß er sich zwar mit persönlichen Verunglimpfungen politisch ihm nicht genehmer Leute hervortut, jedoch - in Bezug auf die Mitglieder der 'TENDENZ ANTONIO GRAMSCI' im allgemeinen und Gilbert J.F. GROSBUSCH im besonderen - es vollkommen unterläßt, dem interessierten Leser auch nur einen einzigen inhaltlichen Anhaltspunkt zu liefern, warum z.B. GROSBUSCH denn nun "untragbar" geworden war, weshalb es in der GAP zur Bildung der 'Tendenz Antonio Gramsci' gekommen war, um was es bei den anschließenden "Auseinandersetzungen" denn nun politisch ging, weshalb es zum Ausschluß einer konstituierten Minderheit aus der GAP kam, usw. usf.

Es scheint uns wenig sinnvoll, uns auf das Niveau des Herrn GARCIA herabzulassen und im Rahmen unseres Antwortrechtes eine textinhärente Richtigstellung zu veröffentlichen, um all die falsch oder verkürzt dargestellten Elemente in ihrer politischen Komplexität erscheinen zu lassen. Die 'Tendenz Antonio Gramsci' möchte sich selbst an gewissen Ansprüchen messen und es fällt uns schwer, auf der Ebene "Zwei (mehr oder weniger) Alternative telefonieren miteinander und prompt ward die Partei gegründet!" zu argumentieren, ohne inhaltlich und vor allem formal ausfallend zu werden.

Da wir der Meinung sind, daß in unserer Tendenzerklärung von Mai 1988 alle politisch-inhaltlichen Positionen dargelegt sind, die zu dem Ausschluß der Mitglieder unserer Tendenz aus der GAP geführt haben, möchten wir die 'FORUM'-Leser selbst urteilen lassen über Inhalt und Form unserer Kritik an der Entwicklung der GAP.

TENDENZERKLÄRUNG (Auszüge)

DIE GROSSE ABKEHR

Unsere Partei ist dabei, ihren grünalternativen Anspruch weitgehend sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerhalb der Reststrukturen (seeligen Andenkens...) zu verlieren und kann kaum noch als Galionsfigur grünalternativer Ansätze hierzulande betrachtet werden.

Was ein eher konfuser "Mainstream" in der Partei anstrebt (und scheinbar immer widerstandsloser in die Tat umsetzt), ist eine Abkehr von grün-alternativen Inhalten und Organisationsformen, eine Anpassung an die gesellschaftlich herrschende Meinung, an den nationalen Konsens, die Umformung einer radikalen Partei zu einer Allerweltpartei, zu einem jedem-gerecht-werden-wollenden Wahlverein, der sich im nationalen politischen Diskurs an das langweilige Mittelmass anpasst.

Welches sind die politischen Kräfte, die diesen "Mainstream" bilden?

Hier können wir grosso modo drei Strömungen feststellen:

- a) die reformerischen, eher linksliberal orientierten Mitglieder, die eine Art grüngefärbte DP und in der Hauptsache eine umweltschützerische Anpassung des herrschenden Systems anstreben;
- b) die Technokraten, die auf Grund ihrer Mitarbeit in den Institu-

tionen das Ziel grüner Politik aus den Augen verloren haben und nur noch die Effizienz in diesen Institutionen sehen oder auf Grund der "Sachprobleme" und Zwänge den politischen Kompass verloren haben;

- c) die sogenannten linken Kräfte, denen eine Art ökologisch orientierte, radikalere LSAP vorschwebt, eine ökologisierte Sozialdemokratie, die vornehmlich auf Umverteilungsvorstellungen (Arbeitszeitverkürzung, Lohnforderungen, Arbeitsplatzsicherung und großzügige staatliche Sozialpolitik) und dem Hang zu einer ausgeprägten staatlichen Kontrolle (Umweltauflagen, Datenschutz, Ruf nach einer spezialisierten Polizei, personelle Verstärkung der Inspektions- und Kontrollämter,...) fußt.

Diese drei Tendenzen haben implizit ein organisches Bündnis geschlossen mit dem programmatischen Ziel, den politischen Charakter der GR-AL umzuwandeln in eine elektoralistische Allerweltpartei, die ihren Träumen vom Mitwirken im Herrschenden Block Genüge verschaffen kann. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sie schrittweise das Programm von 1984 unterhöhlt und ausser Kraft

Unter Berufung auf das
Pressegesetz hat Gilbert
J. F. Grosbusch uns
gebeten die
Gründungserklärung der
Tendenz "Gramsci" als
Antwort auf den Artikel
über die Grünen in der
Nummer 106 zu
veröffentlichen.

gesetzt, die Strukturen sozialdemokratisiert und die Partei "respektabel" gemacht. Sie bedienen sich jener Leute in der Partei, die wir als "Marais" bezeichnen wollen (Leute, die "grüne" Politik betreiben wollen ohne genaue Vorstellung von Zielen und Methoden grüner Identität, Leute, deren ehrliches Wollen im imgekehrten Verhältnis zum politischen Durchblick und zur Politikfähigkeit steht), so wie sie sich trotteliger Umweltschützer ausserhalb der Partei bedienen, um die alternative Tendenz in der Minderheitsposition zu halten.

Von grün-alternativen Ansprüchen und Zielen, wie wir sie 1983-84 noch propagierten (völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens, gesamtgesellschaftliche politische Alternative, neue politische Kultur, neue zivilisatorische Identität) und somit

von einem resoluten Eintreten für radikal-ökologische, radikal-demokratische und radikal-humanistische Anliegen und Vorstellungen, die mit dem Konsens des herrschenden Blocks brechen, ist kaum noch etwas übriggeblieben.

In der Praxis sieht das dann z.B. so aus:

- * Die Petinger Grünen erlauben sich, in bester Elektoralismus-Manier, den früheren SdP-Mann, danach als LSAP-Rat gewählten, schließlich als "Unabhängiger" im Gemeinderat hockenden A. P. auf die grün-alternative Liste aufzunehmen, ohne daß ihm: 1. Garantien für den (immerhin äußerst wahrscheinlichen) Fall seiner Wahl abverlangt wurden;
- 2. die gesellschaftspolitischen Orientierungen der GRENG ALTERNATIV erklärt worden wären. Billigster Elektoralismus (der auch nicht vor der Instrumentalisierung eines Menschen zurückschreckte) bestimmte hier die Vorgehensweise! (...)

Aber auch ein anderer Aspekt dieser Frage wird bewußt aus der Diskussion herausgehalten: Welches Bild vermitteln die GRENG ALTERNATIV von sich selbst, daß Leute wie A. Pelles derart auf uns reflektieren? Denn an sich war die Petinger Angelegenheit kein Einzelfall: Im Vorfeld der Kommunalwahlen gab es in verschiedenen Gemeinden Kontaktgespräche zwischen GR-AL-Verantwortlichen und Leuten, die an einer Kandidatur auf einer grünen Liste Interesse zeigten.

Wenigstens in Bettemburg und in Tetingen konnte nur durch die konsequente Haltung der lokalen Parteimitglieder eine ähnlich wie in Petingen gelagerte Entwicklung verhindert werden.

- * In dem Hei-Elei Rundtischgespräch am 27. Oktober 1987 beschränkt sich die vom Ko-Rat entsandte Sprecherin der GRENG

ALTERNATIV bei der Frage nach den Unterschieden zwischen GR-AL und J. Weber-Liste darauf, "vielleicht (!) ein(en) kleinen (!) Unterschied" darin festzustellen, daß die GRENG ALTERNATIV "die Wichtigkeit des vernetzten Denkens hervorstreichen"!

(...) Von dem eigentlichen, gesamtgesellschaftlichen grünen Projekt (allseitige gesellschaftliche und individuelle Emanzipation mit den Bestandteilen "Ausstieg aus der Industriegesellschaft, Aufhebung des entfremdeten Charakters der Arbeit und der Arbeitsteilung, Emanzipation der Völker der 3. Welt") war nichts mehr zu erkennen. Vergessen die Erkenntnis, daß die ökologische Frage wohl Gründungsanlaß der GR-AL war, jedoch keinesfalls ihre einzige Existenzberechtigung darstellt.

In diesem Rundtischgespräch reagierte die GR-AL-Sprecherin wie manche bundesrepublikanische GRUENEN-Wahlpolitiker/innen, die unverhofft an die fundamentalen (radikal-ökologischen) Aspekte des grünen Projektes erinnert werden: Die Autos raus aus der Stadt? - Kein Gedanke! Die Grünen wollen Busspuren und Fahrradwege! (Nur ja den Kleinbürger, der auf sein Freiheits- und Statussymbol hält, nicht verschrecken - so knapp vor der Wahl!). Auch die vielbeschworene Verbindung (das Vernetzte!!) zwischen Umwelt und Sozialem hält spätestens bei den Fassaden des "Beaumontsgaass" auf! Für die GR-AL-Sprecherin sind die Wuchermieten auf dem Stadtgebiet bestenfalls ein nebensächliches Thema. Hauptsorge ist der Erhalt der schönen alten Häuser - "Stoppt de Bagger!" und schon sind wir einer alten LSAP-Vorstellung, der "Stadt, in der es sich gut leben läßt", entschieden näher gekommen! *Anlaßlich der Ratifizierung einer europäischen Datenschutz-Konvention erklärt der nachgerückte Abgeordnete Guy Bock, die GRENG ALTERNATIV würden dieses Projekt prinzipiell gutheißen, sie hätten lediglich das Fehlen einer Datenschutzpolizei zu bemängeln!

Daß über diese Konvention sämtlichen europäischen (und anderen...) Geheimdiensten 'expressis verbis' freier Zugang und uneingeschränkter Gebrauch jeglicher Personaldateien zugestanden wird, konnte uy Bock nicht von seinem Vorsatz abbringen, für diesen Text stimmen zu wollen.

Diese, in der Partei durchaus nicht isolierte Haltung belegt vorab zweierlei:

1. Polizei (und darüberhinaus die bewaffnete Macht) wird nicht als Durchführungsorgan staatlicher Macht, als Schutztruppe der staatlichen Organisation und der ihr zugrundeliegenden Wirtschaftsverfassung verstanden. Im Gegenteil: Auch in den politischen Konzeptionen des "Mainstream" fällt ihr die Aufgabe zu, der Sorge des Kleinbürgers nach mehr "Sicherheit" entgegenzukommen.

2. Das Staatsverständnis vieler Grüner beschränkt sich auf eine bestenfalls abstrakte Vorstellung vom "neutralen Staat", der über allem schwebt und in dessen Händen alle gesellschaftlichen Anliegen bestens aufgehoben sind. Wie dieser Staat funktioniert und wessen Interessen er vertritt - diese Fragen werden peinlichst vermieden!

* Die mehrheitlichen Positionen zum "Referendum durch Volksinitiative" (übrigens eine Forderung des Herrn Le Pen in Frankreich und der "National Bewegung" hierzulande...) und zur Frage der "freien Radios" belegen, in welchem Maße die GR-AL bereits große Teile des grünen (" vernetzt ökologisch / kritischtheoretischen) Anspruchs in Sachen Demokratie aufgegeben hat zugunsten von Allerweltspositionen "besorgter Bürger". Und die offene oder versteckte Sympathie und Unterstützung, die dem Präsidentschaftskandidaten der französischen Pfadfindertruppe "Les Verts", dem 'Père Castor' Antoine Waechter (eine Art französischer Jup Weber) von Seiten vieler luxemburgischer 'Grünen' entgegengebracht wird, erbringt eine treffende Konkretisierung der apolitischen "Ni de gauche, ni de droite" - Perspektive.

Die vorstehenden Beispiele bringen die Schlußfolgerung nahe, daß in unserer Partei die Erkenntnis Einzug gehalten hat, daß, wenn man was werden will, man sich der Stimmung im Lande nicht widersetzen darf. Wen soll's da noch wundern, wenn in allen Bezirken sich Leute finden, die ganz offen einer "Neuformulierung" jener Programmpunkte das Wort reden, die vom 'gesunden Volksempfinden' abgelehnt werden: Es sind dies die Forderungen nach Abschaffung der Monarchie, Trennung von Kirche und Staat, Legalisierung der milden Drogen, Ausländerwahlrecht und Austritt Luxemburgs aus der NATO.

PERSONEN STATT SUBSTANZ?

Unsere Partei besitzt immer noch sehr wenig intellektuelle, philosophische und politische Substanz. Somit ist die politische Diskussion sehr erschwert und es ist kaum möglich, die Weiterentwicklung und kritische Überprüfung grün-alternativer Politik innerhalb der aktuellen Parteistrukturen zu betreiben. Allzu groß ist Theoriefeindlichkeit, geistige Trägheit, Selbstzufriedenheit, allzu erdrückend die vermeintlichen Sachzwänge des tagtäglichen politischen Lebens und allzu gravierend die "bedingungslose Herrschaft der Kleinbürgerlichkeit durch den Alltag" (Max Weber), als daß wir darauf vertrauen könnten, die Irrfahrten dieser Organisation mittels interner Diskussion einschränken zu können.

Immerhin ist es uns im vergangenen Jahr nicht gelungen:

* die Frage betr. die Partei als Machtfaktor auch nur in Ansätzen in der GR-AL in die Diskussion zu bekommen. Im Gegenteil: Unser Antrag, im Vorfeld der Gemeindewahlen die Frage einer Schöffensratsbeteiligung zu diskutieren und zu entscheiden, wurde mit beiseitspielerischer Kurzsichtigkeit von der Vollversammlung (im August 87) an die Lokalgruppe Esch (!) verwiesen, mit der Begründung, es handele sich ja bei dieser Frage um eine rein auf die Stadt Esch beschränkte Angelegenheit....! (Daß von der somit beauftragten Lokalgruppe bis zum heutigen Tag keine Reaktion zu diesem Thema zu verzeichnen ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden!).

(...)

* Somit war es denn auch problemlos möglich, daß die "Mainstream"-Leute im Rahmen der Gemeindewahlen sich mit der Frage abmühen konnten, inwieweit "Politik mit Personen zu tun" habe, also ob und wieviel Einfluß sog. Persönlichkeiten auf das Wahlverhalten des Kleinbürgers haben. In der Tat, eine brisante Frage, denn wenn man sich gleich vorab die besten Möglichkeiten inhaltlicher Selbstdarstellung verbaut, bleibt halt nur noch die Identifizierung mit Personen. Was daran allerdings noch alternativ sein soll, weiß der Geier!

(...) Zurück zur Ideologie der Macher/innen? Leider hat diese einen gewaltigen Haken: sie überträgt sich von der taktischen auf die inhaltliche Ebene. Aber stört das eigentlich noch viele in der GR-AL? (...)

Es scheint uns abschließend im Rahmen dieses Themas angebracht, den Problembereich "Realpolitik" nochmals aufzugreifen. Jenen, die meinen, uns vorhalten zu müssen, wir lehnten Realpolitik ab und stellten entgegen mehrheitsfähigen "kleinen Schritten" unsere Prinzipien sozusagen als Polit-Obstakel quer, erklären wir noch einmal: Wir haben diese Partei mitgegründet, bzw. sind in diese Partei eingetreten, um Politik innerhalb der politischen Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft, also "Realpolitik", zu betreiben.

Uns unterscheiden allerdings vom "Mainstream" zwei Prinzipien: **Erstens** wollen wir unsere emanzipatorischen Ansprüche, unsern Wunsch nach Gesellschafts- und Paradigmaveränderung, unsere Ziele und Methoden nicht aufgeben zugunsten sog. größerer Effizienz bei Wahlen und innerhalb der Institutionen. **Zweitens** ist uns die Arbeit innerhalb der bürgerlichen Institutionen nur ein Mittel, aus dieser Zivilisation auszusteigen, und nicht unbedingt das Wichtigste. Wichtiger erscheint uns die Arbeit in der außerparlamentarischen

rischen Opposition, die Militanz in den Problemkreisen, die politische Aufklärung, die theoretische Arbeit, der kulturelle Wertewandel, die Arbeit im Überbau, usw. usw.

Wir wollen eine Realpolitik, die dem gesellschaftlichen Wandel dient und keine Realpolitik um der Apparateffizienz Willen. Wir wollen eine "fundamentale Realpolitik", deren Hauptangelpunkt die Frage: "Wie erreiche ich gesellschaftlichen Wandel?" bleiben muß.

Konkret bedeutet das für uns, daß wir den Sinn und Zweck einer wie auch immer gelagerten Machtbeteiligung in einer sogenannten 'Verhinderungspolitik' sehen können, vorausgesetzt

1. unsere Handlungs- und Erklärungsmöglichkeiten außerhalb der Machtverwaltungsinstanzen bleiben integral erhalten, und
2. es besteht in den eigenen Reihen eine klare und illusionslose Einschätzung der realen Möglichkeiten politischer Durchsetzung im Rahmen des herrschenden Systems.

Wir haben versucht, dies anhand der Schöffensratsfrage deutlich zu machen. Es hat sich gezeigt, daß die Mehrheit der Partei keine Ahnung davon hat, was Realpolitik auf fundamentaler Basis sein kann: Für den "Mainstream" ist Politik nur dann Realpolitik, wenn es sich um den bekannten 'Trottoir' handelt. Wer derart blauäugig in die Institutionen hineingeht, der ist von ihnen bereits aufgefressen, bevor das Spielchen beginnt.(...)

III. "IM KOPF GEHT ALLES DURCHEINANDER - WIE MÄUSEDRECK UND KORIANDER!" (H. HEINE)

Die im Anschluß an die Kommunalwahlen angesagte innerparteiliche Bilanzdiskussion bestätigt nur das desolante Bild in Sachen theoretisches Erfassen von politischem Geschehen.

Die "Bilanz"-Texte der Lokalsektionen (soweit überhaupt vorhanden, denn unseres Wissens nach hat sich die Lokalgruppe Luxemburg - wo die Bilanz eindeutig am interessantesten ausfallen müßte - noch bis dato zu keiner schriftlichen Stellungnahme durchringen können...) beschränken sich vornehmlich auf Prozentvergleiche und Algebrakrobatik. (Bsp.: "Wir erhielten zusammen 555 Stimmen, das sind 5,3% der abgegebenen Stimmen. Die persönlichen Resultate liegen nicht sonderlich weit auseinander und auch unser letzter erhielt immerhin 100 Stimmen von 1.432 Wählern (6,98%). Diesen Prozentsatz kann man als Stammwählerschaft betrachten. Durchschnittlich erhielten wir von 139 Wählern eine Stimme, das sind 9,70%. Eine Hochrechnung auf 11 Kandidaten ergibt ein Resultat von 11,2%." - Irgendwie kommt bei der Lektüre dieser und ähnlicher Texte die Versuchung auf, die Autoren daran zu erinnern, daß, wenn meine Katze ein Pferd wäre, ich problemlos einen Baum hinaufreiten könnte...).

Ansonsten: gefällige Selbstzufriedenheit und, in der Diskussion, verständnisvolles Mitgefühl mit den gebeutelten Stadt-Luxemburgern, von denen, wie schon gesagt, immer noch eine schriftliche Bilanz aussteht. Die mündlich überlieferte Einschätzung liest sich dann folgendermaßen: "(...) Die Konkurrenz-Liste von Jupp Weber kam ganz unerwartet (sic!) und wirkte auf die G.A. wie ein Schock (re-sic!). (...) Es wird auch festgestellt, daß die Arbeit der LS in den letzten Jahren genauso gut der Oekol. Init. zugute kam wie den G.A. Es besteht bei den Leuten eine große Konfusion zwischen beiden Listen. (...) "

Warum die angesagte "politische Differenzierungskampagne" denn nun kläglich versagt hat, darüber wird sich in Schweigen gehüllt. Von politischen und personellen Konsequenzen keine Spur!

Genausowenig konnten wir bis zum heutigen Tag auch nur eine einzige Reaktion der (immer noch) politisch Verantwortlichen dieser Partei auf unseren am 11. November 1987 veröffentlichten 10-Seiten-Beitrag zur Bilanzdiskussion verzeichnen...

(...) Hätte es noch eines zusätzlichen Beweises dafür gebraucht, wie wenig das inhaltliche (theoretische und praktische) Herangehen an Politisches seit der Gründung der Partei im Juni 1983 weiterentwickelt wurde - das "Kéisecker" - Gespräch mit Muck Huss ("Kéisecker" Nr 4/87) hätte ihn mit erschreckender Deutlichkeit erbracht.

(...) Zwar erkennt Huss den Umstand an, daß man "in der Kammer in diesem Moment und in dieser Situation nicht den Werdegang und die Entwicklung der Politik bestimmen kann", doch um dem abzuweichen, sieht er vor allem die Möglichkeit, ... in der Kammer Fraktionsstärke zu erreichen! Was nun 5 Abgeordnete an einer politischen Gegebenheit ändern sollen, die folgendermaßen charakterisiert wird: "Das System ist wie eine Dampfwalze. Einfluß kriegt man nicht. Die Kräfteverhältnisse sind von vorneherein klar. Die Gesetze, die kommen, sind vorher so in den verschiedenen Fraktionen abgesprochen worden, daß man da kaum eine Änderung, nicht einmal auf Kleinigkeiten (...) durchgesetzt kriegt!" - das geht aus dem Ausgeführten leider nicht hervor.

Auch ein anderer, nicht unbedeutender Aspekt der Parlamentsbilanz, nämlich die Stärke des integrativen Drucks des Parlamentsbetriebes und dessen Einfluß auf die politische Arbeit der Partei, wird mit keinem Wort erwähnt.

Alle Erkenntnisse, alles Wissen, das seit den späten 60-er Jahren in der APO und ihren politischen Ausdrücken (zu denen wir bis auf weiteres auch den aus einer Abspaltung der seinerzeitigen Jusos hervorgegangenen SOAK - mit Muck Huss als Galionsfigur - rechnen) angehäuft wurde, scheint ganz banal weggewischt und ersetzt durch die Erklärung: "Die Präsenz einer grünen politischen Kraft bringt zumindest die anderen unter Legitimationsdruck"! (...)

IV. "ES SIEHT AUS WIE BASISDEMOKRATIE, ES HOERT SICH AN WIE BASISDEMOKRATIE,... JEDOCH..."

(...) Unser Anspruch "uns eine Parteiorganisation neuen Types zu schaffen, deren Grundstrukturen in basisdemokratischer und dezentraler Art verfaßt sind, was nicht voneinander zu trennen ist", hatte uns dazu geführt, als Basiseinheiten die Arbeits- oder Fachgruppe zu wählen, themenspezifisch ausgerichtete Strukturen, die sowohl praktisch wie auch theoretisch in ihrem jeweiligen gesellschaftlich relevanten Gebiet wirksam werden und so der Organisation bzw. Partei als Ganzes erlauben sollten, gesamtgesellschaftliche Alternativen auszuarbeiten und vorzuschlagen.

In den Arbeits- oder Fachgruppen sollten sich die in den verschiedenen gesellschaftlichen, soziopolitischen und politischen Zusammenhängen (Basisbewegungen, Initiativen und Verbänden...) aktiven Militant/inn/en und Sympathisant/inn/en wiederfinden, um sowohl ihre respektiven Erfahrungen auszutauschen, wie auch weitergehende Überlegungen untereinander in Verbindung zu bringen. Dies schien (und scheint) uns eine zur Zeit durchaus realistische Durchsetzungsmöglichkeit unseres Vernetzungsanspruches,



der immer beinhaltet, daß die unterschiedlichen Elemente des soziokulturellen Prozesses sich gegenseitig durchdringen und beeinflussen im Hinarbeiten auf ein gemeinsames Ziel.

Dementsprechend waren in unserem anfänglichen Strukturkonzept die Lokal- und Regionalgruppen denn auch als zwar notwendiges, aber erklärterweise komplementarisches Element vorgesehen, und dies aus der Erkenntnis heraus, daß eine auf lokale Probleme konzentrierte Gruppe trotz einer Vielzahl möglicher Einzelaktionen keine kontinuierliche Praxis ermöglicht und somit kaum relevante Schlußfolgerungen im Hinblick auf das Herausschälen gesamtgesellschaftlicher Alternativen möglich macht (im Gegenteil: lokale Sachzwänge, usw.).

Da der Vernetzungsanspruch darauf fußt, daß Basiseinheiten, die in Bezug auf ihre Arbeitsmethode, Vorgehensweise, usw. voneinander unabhängig funktionieren können, sich gegenseitig durchdringen (und beeinflussen), bedingte die Umsetzung dieses Anspruchs selbstverständlich die vollkommene Autonomie dieser Basiseinheiten.

Dieses erklärterweise föderalistische Strukturkonzept ist allerdings in seinen einzelnen Komponenten durch zentralistische (auf der Logik des demokratischen Zentralismus', lies: Stalinismus' fußende) Allgemeingültigkeitsansprüche durchaus angreif- und zerstörbar.

Und in der Tat: Während noch im September 1984 eine breite Mehrheit der Vollversammlung dieses Konzept befürwortete, setzten schon kurz danach systematische (wenn auch anfänglich durchaus unauffällige) Manöver ein, die Pfeiler des föderalistischen Aufbaus anzuknabern. Auf das unpolitische Empfinden vieler Mitglieder aufbauend, privilegierten die Gegner/innen des Föderalismus die Arbeit in den Lokalgruppen, die prompt den (falsch verstandenen!) realpolitischen Sachzwängen zum Opfer fielen. Während in den Kulissen die AGs als Tummelplatz für weltentrückte Theoretiker abgetan wurden, präsentierte man die Lokalgruppen als Betätigungsfeld für "Praktiker" an.

Was allerdings hier als "politische Praxis" (im Sinne von Beschäftigung mit den tagtäglichen Ereignissen) angeboten und z.T. durchgeführt wird, ist keinesfalls ein gesellschaftsveränderndes Eingreifen in die politischen Realitäten in Richtung der Entwicklung eines ökologisch-emanzipatorischen Umbauprogramms und der Herausbildung eines gesellschaftlichen Subjektes, das dieses Umbauprogramm bewußt tragen und durchsetzen kann.

Aktionistische Handwerkelei ist's, ein billiger Abklatsch einer bei der seinerzeitigen Extremen Linken abgeguckten "Agit-Prop", bei dem das obligate Photo mit 2-Zeilen-Text im "Répu" und die der DP (oder gar der LSAP?) abgegozelten 3 1/2 Wählerstimmen als Meßlatte für erfolgreiches politisches Handeln dienen.

In der Tat: Was der "Mainstream" unter 'Praxis' versteht, ist das rastlose und unreflektierte, allseitige Auftreten der Partei mit reinen Propagandaaktionen, die in diesem Sinne unpolitisch sind, daß sie größtenteils nicht Bestandteil einer umfassenden, auf strategischen und taktischen Überlegungen beruhenden, dem Vernetzungsanspruch genügenden, politischen Konzeptes sind, sondern einzig und allein dem Drang entspringen, mittels der Medien einer nicht näher zu definierenden 'Öffentlichkeit' die 'grüne Partei' als eine politische Kraft zu verkaufen, die all jene beruhigt wählen können, die selbst zu keinem Engagement bereit sind.

(...) Während als Reaktion auf das eigene politische Unvermögen parteiintern hinter den Kulissen gestichelt, ausgegrenzt und diffamiert wird, bestimmt - wie schon erklärt - nach außen hin blinder Aktionismus das Bild einer Partei, die somit zum Anziehungspunkt für einen Teil jener wurde, denen die klassischen Umweltschutzorganisationen nichts mehr zu bieten hatten.

Diese Ausrichtung der "Praxis" auf sporadische Hanswursteleien vor dem Parlamentsgebäude bewirkte u.a. zweierlei:

1. daß die öffentliche Meinung nicht mehr den feinen "politischen" Unterschied zwischen GR-AL und jenem zu erkennen vermochte (und vermag), der seine Hanswursteleien im Parlament macht (cf Wahlergebnis in Luxemburg-Stadt);

2. daß es in den Mitgliederreihen in den letzten 2 Jahren zu einer eindeutigen Verschiebung entsprechend dem vermittelten Bild der GR-AL kam (Zufluß von meist unpolitischen, auf Umweltschutzanliegen fixierte Mitglieder, Abwanderung bzw. Sich-Zurückziehen politisch Denkender, Ausbleiben eines Zuflusses von Seiten enttäuschter und desillusionierter Linksmilitanten,...).

"Et la boucle est bouclée...!" Der Teufelskreis schließt sich: Das von der GR-AL vermittelte Bild zieht vornehmlich solche Leute an, die (wider besseren Wissens?) die dementsprechende Politik absegnen bzw. tragen helfen!

Somit ist es für den "Mainstream" auch nicht interessant, Vollversammlungen z. B. wie der Statut es noch vorsieht thematisch festzulegen, oder sich über mehr als 3 Stunden erstrecken zu lassen: Die Abstimmungsmaschine funktioniert am besten, wenn sie nur kurze Zeit beansprucht wird und vor allem nicht durch desorientierende Debatten beeinträchtigt wird!

Vollversammlungen der GR-AL erfüllen heutzutage vornehmlich eine Alibifunktion, um den ursprünglichen Charakter der GR-AL formal zu wahren - streng nach dem Motto: Alle Mitglieder werden eingeladen und alle sind gleichermaßen stimmberechtigt. Und nur wer hinkommt und brav mitstimmt, erfüllt seine demokratische Pflicht!

Bar jeder ernsthaften inhaltlichen Vorbereitung gedeihen die im 6- bis 8-Wochen-Rhythmus abgehaltenen Vollversammlungen zu einer Karikatur dessen, was der Anspruch der internen 'Basisdemokratie' eigentlich er-

warten ließe: Auf das Harmoniebedürfnis der größtenteils unpolitischen Masse der Mitglieder aufbauend, gelingt es dem "Mainstream" meist problemlos, per Prozedurenentscheidung jedwede längere und tiefer gehende Diskussion abzuwenden (Redezeitbegrenzung, Vertagung auf "Seminare", wo die Partei-Ober/inn/en sich dann auf einen netten (aber faulen), jedem-gerecht-werdenen Kompromiß einigen, u.ä.).

(...) Der "Mainstream" weiß genau, welche Eckwerte des grünen "Fundamentalismus" auf dem Weg stören, die GR-AL in die Normalität einer westlichen Parlamentspartei zu überführen. Man weiß dort auch genau, daß noch lange nicht alle, die es mit den anfänglichen Ansprüchen ernstnehmen, die Flinte ins Korn geworfen haben. Es gehört also schon eine gerüttelte Portion Frechheit dazu, wie "Mainstream" Sprecherin R. W. im 'Forum' Nr 99 zu behaupten: "(...) *Natierlech gin ët och bei eis Leit di besser oder nët su gutt mat aneren eens gin, mä politesch Ennerscheeder gin ët su gutt wi keng*"! Und wer trotzdem welche sieht, der gehört wohl am besten ausgeschlossen, oder?

EPILOG:

DEN RADIKALEN NEUBEGINN WAGEN!

Die vorbeschriebene Entwicklung der GR-AL erscheint uns so bedrohlich, daß wir, um diesem Trend einigermaßen erfolgreich entgegenzutreten zu können, beschlossen haben, uns als Tendenz innerhalb der GR-AL zu organisieren und den Kampf für die radikale Erneuerung dieser Partei aufzunehmen.

Wir tun dies nicht leichten Herzens und nach langen Diskussionen. Wir sind uns der Argumente, die gegen eine Tendenzbildung sprechen, bewußt:

- Tendenzbildung führt möglicherweise zu weiteren Polarisierungen innerhalb der Partei;

Unser Ziel : Ausstieg aus dieser Zivilisation - Das freie Individuum in der herrschaftslosen Gesellschaft

- wirft in den Augen unpolitischer Beobachter eher Gräben auf anstatt sie abzubauen;
- trägt auch nicht unbedingt zum Abbau von bestehenden Feindbildern bei;
- führt uns weg von unserem Ideal der "Abbaye de Thélème", usw. usf.

Dennoch sehen wir im Moment, angesichts der derzeitigen Entwicklung und des allgemeinen Niveaus der politischen Diskussion und Auseinandersetzung in der GR-AL, die Bildung einer Tendenz als unerlässlich an.

Wir möchten diese Tendenz verstanden wissen als der Versuch all jener, die an der ursprünglichen Konzeption der GR-AL und am emanzipatorischen Charakter grün-alternativer Politik festhalten, dem (politischen) Trend entschlossen entgegenzutreten, der die GR-AL in Richtung einer umweltschützerischen DP, eines losen Wahlzirkels, einer Allerweltsorganisation und einer politischeren Auflage des Méco verändern will.

(...) Wenn wir nunmehr für einen radikalen Neubeginn der GR-AL eintreten, tun wir dies, weil uns die Degenerierung dieser Partei von einer autonomen grünalternativen Kraft zur umweltschützerischen Spezialabteilung des Herrschenden Blocks schon soweit gediehen scheint, daß der grün-alternative Anspruch anders nicht zu vertreten ist.

'Radikal' gebrauchen wir hier im doppelten Sinn des Begriffes: einmal verstehen wir 'radikal' als die Summe der Maßnahmen, die auf organisatorischem Gebiet zu ergreifen sind, und auf inhaltlicher Ebene verstehen wir 'radikal' als an die Wurzeln gehend.

Damit wären wir beim inhaltlichen Verständnis des 'radikalen Neubeginns'. Wenn die GR-AL so schnell zur grünen LSAP-DP werden konnte, wenn die Substanz in Luxemburg so karg ist, müssen wir neue Strategien und Taktiken der inhaltlichen Radikalität entwickeln, um nicht von Herrschendem Block und Nationalem Konsens aufgefressen zu werden. Wir müssen dazu unser Menschen- und Gesellschaftsbild eindeutig definieren, um fähig zu sein, uns effizienter gegen die Herrschaft des Normativen zur Wehr

setzen zu können.

(...) Wir (wollen) der zusehends das Feld beherrschenden Parlamentarisierung der GR-AL, d.h. der quasi absoluten Unterwerfung der Parteitätigkeiten unter die Impeti der offiziellen Politik, wie sie von den Herrschenden im Parlament und in der Öffentlichkeit betrieben wird, aber auch der Fixierung auf rein quantitatives Wählerwachstum, Einhalt gebieten.

In der Tat, wenn gestern (von Muck HUSS) und heute (von Guy BOCK) verschiedentlich die Parlamentstätigkeit der GR-AL entweder als unbefriedigend oder aber als problematisch empfunden wurde/wird, so zeugt dies ganz eindeutig von der Notwendigkeit für die GR-AL, sich den Tatsachen zu stellen und die heute vorherrschende parlamentarische und außerparlamentarische Praxis an unseren anfänglichen Ansprüchen auf Wahrung grün-alternativer Identität vor vermeintlicher Effizienz auf klassisch-politischer Ebene zu überprüfen.

Nicht nur aus diesen Gründen sind wir also gezwungen, uns und unsere Partei offen der Kritik all jener Menschen und Kräfte zu stellen, die wir 83/84 bei der Parteigründung und den anschließenden Legislativwahlen ansprechen wollten (und z.T. auch angesprochen haben) und denen wir damals erklärten, wir würden sie in unsere politische Praxis miteinbeziehen.

Anders ausgedrückt: wir gehen von der Notwendigkeit aus, in das große Nachdenken, in die umfassende Diskussion nicht nur die erklärten Sympathisant/inn/en, sondern - soweit möglich - die Wähler/innen einer grünen Alternative - sozusagen die gesamte Sparte vom Vogelschützer bis zum letzten Aussteiger, von der Radikalfeministin bis zum enttäuschten Juso - miteinzubeziehen. (...)

Diese Tendenzklärung, die wir leider nur in Auszügen veröffentlichen können, wurde im Mai 1988 fertiggestellt und von folgenden 7 GAP-Mitgliedern unterschrieben:

Paul BACK - Pol BOHNERT - Gilbert KIRPS - Gilbert J.F. GROS-BUSCH - Robert MEDERNACH - Irène REYTER - Gérard SCHAELE.

Betrifft "SONNENSCHNITT, REGEN, REGENBOGEN" (forum No 106)

Zitat S. 7: "... der peinliche Fall "Pelles" zeigte zwar die mangelnde Erfahrung der Grünen und den Mangel an Basis, welche die Rekrutierung von Kandidaten zu einem Roulette-Spiel ausarten läßt...."

Dozou, ganz kurz, folgendes:

Ech sin iwwer 30 Joer am NATURSCHUTZ aktiv engagéiert, dovun bal 15 Joer beruflech (MUSEE D'HISTOIRE NATURELLE) - an ech sin dofir esou naiv an ech hale mech fir ee GRENGEN!

Ech si weder schwul - nach fëmmen ech Hasch... Ech sin och nët der Mänuung de Grand-Duché wär ee "Luxus-Artikel" dee misst ofgeschaafte gin. Ech sin Chrëscht an hu näischt géint eis Kiirch - ech si scho guer nët dat, wat een als "kommunistischer Sektenpriester" bezeechent - ech war nie ee Frënd vun der LCR a sin och soss keen Marxist a keen Trotzkiist - an ech si guer keen Unhänger vun de Radikal-Feministinnen (awer fir d'Gläichberechtigung vu Mann a Fra). Voilà: domat wär de peinliche Fall "Pelles" schon deelwäis geklärt.

An anere Wieder: hätt ech de GAP-WALPROGRAMM "Liewen a Friden" VIRUN de Gemenge-Walen gelies - ech wär NIE, ech betounen NIE, op d'GAP-Lëscht gaang an ech hätt nët verhënnert, datt eng weider "Gréng Lëscht" an der Péitenger Gemeng kandidéiert hätt.

Weider Froen: fir wat gouf de peinliche "Pelles" ganz kloer an de Gemengerot gewielt, op schon NIE Member vun enger GAP...? Iwwer esou "Saachen" muss ee virun de Walen diskutéieren - an nët duerno. A nët de Walprogramm als ongültig erklären, deen "Gott-seidank" kaum ee Gréng-Wieler kannt huet - soss wär d'Walresultat niemols esou positiv ausgaang...!

An domat kommen ech ofschléissend un d'Kär-Fro: wat huet schlussendlech de Wieler voll Vertrauen gewielt: eng ökologesch Partei - oder ee Grupp vun Marxisten, Trotzkiisten, LCR-Leit a Radikal-Feministinnen??? Domat wëll ech op kee Fall all GAP Leit an ee knallroud Deppe geheien - awer déi meescht.

Fazit: gréng a gréng as an der Politik nach laang nët datselwecht. An ech sin a bleiwen der Mänuung: eng "gréng" Partei as déi wichtegst Partei déi eist Land brauch - awer d'GAP as keng "gréng" Partei!

Wéi stung elo kurz an der Zäitschrëft "Die Grünen" a Schlagzäilen ze liesen: "...nicht mehr die Ökologie ist die Grundlage der Diskussionen, stattdessen Revolution und Radikalfeminismus" patsch, déi suz! Firwat hun de "FORUM" oder "GRENGE SPOUN" nët de Courage d'Kand beim Numm ze nennen, an den Dreck virun der eegner Diir ze kieren?

A. Pelles
8 Dezember 1988